

DIE AfD UND IHRE NEUE STIFTUNG

Seid umschlungen, Millionen!

VON JUSTUS BENDER , AUGSBURG - AKTUALISIERT AM 01.07.2018 - 09:19



Die AfD will parteinahe Stiftungen abschaffen, gründet vorher aber erst einmal eine eigene. Wie passt das zusammen?

Manche trugen Fassungslosigkeit in ihrer Stimme. Bevor die AfD am Samstagabend auf ihrem Bundesparteitag in Augsburg den Desiderius-Erasmus-Verein als parteinahe Stiftung anerkannte, versuchten die Puristen unter den Delegierten die Glaubwürdigkeit ihrer Partei zu retten. „Es gibt einen Punkt, da hört Prinzipientreue auf, da fängt Opportunismus an“, rief ein AfD-Mitglied aus Rostock in das Saal-Mikrofon. Ein anderer sagte: „Die SPD hat Verlage und Kreuzfahrtschiffe, was sie nicht hat, ist Glaubwürdigkeit.“ „Glaubwürdigkeit ist ein viel schärferes Schwert als vielleicht 100 Millionen! Ihr verstoßt gegen das Grundsatzprogramm!“, rief ein anderer – im Ton wachsender Verzweiflung.



Justus Bender

Redakteur in der Politik.

Tatsächlich liest sich das erst 2016 verabschiedete Grundsatzprogramm der AfD nicht wie die Aufforderung, mit einer parteinahen Stiftung zweistellige Millionenbeträge aus dem Bundeshaushalt abzurufen. Im Gegenteil. Dort werden die staatlich finanzierten, parteinahen Stiftungen in Deutschland als ein „weitgehend verdecktes System“ der Parteienfinanzierung und als „verfassungswidrig“ bewertet. Von einer „Ausbeutung des Staates“ durch die Parteien in Deutschland ist gar die Rede.

Es ist eine Position, die dem populistischen Gestus der AfD entspricht. Dort der korrupte

Klüngel des sogenannten Establishments, hier das von solchen Fehlern freie AfD-Volk mit seinem gesunden moralischen Empfinden. „Wir kamen zusammen in der festen Überzeugung, dass die Bürger ein Recht auf eine echte politische Alternative haben, eine Alternative zu dem, was die politische Klasse glaubt, uns als „alternativlos“ zumuten zu können“, heißt es im Grundsatzprogramm.

„Umvolkung“ bald Thema an der Uni?

Zwei Jahre später tritt der frühere AfD-Bundesgeschäftsführer Frank-Christian Hansel am Samstag an das Mikrophon und sagt: „Wir brauchen diese Stiftung. Da gibt es keine Alternative.“ Keine Alternative zu einer laut AfD-Grundsatzprogramm verfassungswidrigen, verdeckten Parteienfinanzierung, die das Ziel hat, den Staat auszubeuten?

Es ist ein Dilemma, in das sich die AfD manövriert hat. Sie will eine Partei sein, die Parteienprivilegien bekämpft, und diese dabei doch in Anspruch nehmen. Schon träumen die Delegierten von stiftungsfinanzierten Bildungsbroschüren, mit denen an Schulen die Kinder über die Vorzüge des Nationalstaats aufgeklärt werden. Bald könnte es an Universitäten parteitreue AfD-Stipendiaten geben, oder Vortragsveranstaltungen und Seminare landauf und landab zu Themen wie Ausländerkriminalität und „Umvolkung“ – ganz so, wie es die anderen Parteien mit ihren Stiftungen auch tun, nur unter anderen ideologischen Vorzeichen. Insgesamt 581 Millionen Euro haben die parteinahen Stiftungen in Deutschland im vergangenen Jahr aus dem Bundeshaushalt erhalten. Die AfD hätte, ihr Wahlergebnis von 2017 zugrundegelegt, einen theoretischen Anspruch auf mehr als 70 Millionen Euro, jedes Jahr.

Das Argument von der Waffengleichheit wird bei der AfD oft genannt. Solange die übrigen Parteien das Geld nutzen, müsse die AfD es auch tun, solange, bis sie eine Abschaffung der parteinahen Stiftungen erreicht hat. „Man darf dem David nicht die Steinschleuder wegnehmen, um den Goliath zu erlegen“, sagte die Stiftungsvorsitzende **Erika Steinbach**, die früher über Jahrzehnte CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen war.

WEITERE THEMEN



STÄRKUNG DER DEMOKRATIE

Was erlauben AfD? Und was Bannon?

Empörung über die neue autoritär-nationalistische Konkurrenz reicht nicht aus. Stiftungen müssen neue Wege zur Stärkung der Demokratie einschlagen – und dabei selbstbewusst und reflektiert vorgehen. Ein Gastbeitrag.



EIN JAHR NACH CHARLOTTESVILLE

Proteste gegen rechte Gewalt

Bei Zusammenstößen zwischen rechtsextremen und linken Demonstranten war im vergangenen Jahr eine Frau getötet worden. Am Jahrestag soll es erneut eine Kundgebung von Rechtsextremen geben, diesmal in Washington.